



# HA

über die  
5. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses  
am Dienstag, dem 22.09.2009  
im Sitzungssaal II des Rathauses

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 17:55 Uhr

Anwesend

Bürgermeister  
Herr Hermann Hupe

SPD

Frau Christel Ciecior  
Frau Britta Dreher  
Herr Dieter Drescher  
Frau Marion Dyduch  
Frau Petra Hartig  
Herr Heiko Klanke  
Herr Michael Krause  
Herr Friedhelm Lipinski  
Herr Jochen Müller  
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Ralf Eisenhardt  
Herr Reinhard Hasler  
Herr Heinrich Kissing  
Herr Franz Hugo Weber  
Herr Wilfried Weigel

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herr Klaus-Bernhard Kühnapfel

FDP

Herr Detlef Knop

BG (neu)

Herr Dieter Kloß

fraktionslos

Herr Klaus-Dieter Grosch

Ortsvorsteher

Herr Heinz Henning  
Herr Gustav-Adolf Kersten  
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung

Herr Jochen Baudrexl  
Herr Reiner Brüggemann  
Frau Sabrina Conrad  
Frau Ingelore Peppmeier  
Herr Ronald Sostmann  
Herr Ralf Tost

Entschuldigt fehlten

Herr Dr. Jörg Frey  
Frau Annette Mann  
Frau Ina Scharrenbach

**A. Öffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Neufassung der Satzung für das Jugendamt	088/2009
2	Satzungsänderung Vergnügungssteuersatzung	091/2009
3	Satzung der Stadt Kamen über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 BauGB	068/2009
4	Konjunkturpaket II Sachstandsbericht und Umsetzung weiterer Projekte	095/2009
5	Erdfall Wasserkurl	
5.1	Sachstandsbericht	
5.2	Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 350.000 Euro für Arbeiten im Rahmen einer außerordentlichen Maßnahme für ein Großschadensereignis in Wasserkurl hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung	044/2009
5.3	Genehmigung einer weiteren außerplanmäßigen Ausgabe für Arbeiten im Rahmen einer außerordentlichen Maßnahme für ein Großschadensereignis in Wasserkurl	093/2009
6	Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung über die Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen an dem Projekt "Big Eesy" zum Erwerb des Gasfernleitungsnetzes der RWE AG	087/2009

7	Feststellung Jahresabschluss 2008	094/2009
8	Betriebsergebnis 2008 der gebührenfinanzierten kommunalen Einrichtungen	041/2009
9	Jahresabschluss und Lagebericht der Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 2008	035/2009
10	Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2008	045/2009
11	Jahresabschluss der Städtischen Sparkasse Kamen zum 31.12.2008	046/2009
12	Kommunaler Zuschuss zur Errichtung einer Produktionsschule in Kamen	022/2009
13	Bürgeranregung zum Verzicht der verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage	089/2009
14	Bürgeranregung Umweltschutz- und verkehrstechnische Maßnahmen für die Anlieger der Lünener Straße auf Kamener Stadtgebiet	090/2009
15	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

## **B. Nichtöffentlicher Teil**

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

## A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.  
088/2009

Neufassung der Satzung für das Jugendamt

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 2.  
091/2009

Satzungsänderung Vergnügungssteuersatzung

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 3.  
068/2009

Satzung der Stadt Kamen über ein besonderes Vorkaufsrecht nach § 25 BauGB

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 4.  
095/2009

Konjunkturpaket II  
Sachstandsbericht und Umsetzung weiterer Projekte

Einleitend verwies Herr **Brüggemann** insbesondere auf die letzten beiden Absätze der Seite 2 der vorgelegten Beschlussvorlage. Die ablehnende Linie der Verwaltung machte er an den Bewertungsergebnissen des Fachbereiches Servicebetriebe sowie des Büros Bauen und Planen Assmann fest.

Diese Ergebnisse gelten inhaltlich so ebenfalls für einen vorgelegten Antrag des Zucht-, Reit- und Fahrvereins Kamen, der Mittel aus dem Konjunkturpaket II beantragt habe, für die Modernisierung, die Sanierung oder den Ausbau der Reitanlage sowie für energetische Sanierung, ebenso wie auch für die Ankündigung des Westfälischen Tennisverbandes, wegen der Anlegung eines Seminarraumes und der Modernisierung der Umkleiden. Der letztere Antrag sei bisher allerdings nicht schriftlich vorgelegt worden. Die Verwaltung empfehle, auch diese beiden Maßnahmen abzulehnen, da sie sich offensichtlich hinter die kommunalen Maßnahmen einzuordnen hätten. Allein mit Blick auf den Antrag der Arbeiterwohlfahrt für die Kindertagesstätte im Gebäude der Wasserkurler Straße 37 sei eine vergleichbare Umweltbilanz im Abgleich zu den kommunalen Gebäuden nicht auszuschießen, so Herr Brüggemann. Allerdings trage dieses Gebäude auch durch die Arbeiterwohlfahrt vermieteten Wohnraum mit erheblichen Gebäudeanteilen. Eine klare Zuordnung zu den Gebäudennutzungsteilen sei nach der Unterlage nicht eindeutig herzustellen. Allein wegen der kommerziellen Teilnutzung des Gebäudes und der Schwierigkeit in der Abgrenzung sei auch dieser Antrag negativ zu bescheiden.

Frau **Dyduch** nahm positiv zur Kenntnis, dass das Konjunkturpaket II mit Inhalt gefüllt worden sei. Aus Sicht der SPD-Fraktion sei ein ausgewogenes Verhältnis der Maßnahmen hergestellt worden. Für den Bereich der Infra-

struktur sei das Konjunkturpaket II ein Glück, da diese Maßnahmen in der Form städtebaulich erstmal nicht hätten umgesetzt werden können. Auch im Bildungsbereich seien die Maßnahmen gut verteilt, so dass alle Bereiche abgedeckt seien. Trotz des ablehnenden Ergebnisses zu den Anträgen der Kindertagesstätten, lobte sie die gute Kommunikation mit den Trägern. Die SPD-Fraktion stimme daher der Beschlussvorlage zu.

Die Zustimmung zu der Beschlussvorlage erfolge auch durch seine Fraktion, so Herr **Kühnapfel**. Trotzdem werden Maßnahmen wie der Parkplatz an der Konzertaula und am Gesundheitszentrum kritisch betrachtet. Zum Parkplatz des Gesundheitszentrum gebe es zwar eine teurere, aber auch umweltfreundlichere Alternative, die dem Erholungswert der Grünanlage eher Rechnung trage. Die Neugestaltung der Nordenmauer hielt er in Bezug auf das Gesundheitszentrum für wichtig.

Herr **Hupe** stellte klar, dass der Parkplatz des Gesundheitszentrum keine Maßnahme des Konjunkturpaketes II sei. Planungsträger sei die UKBS.

Herr **Kissing** äußerte, dass er, aufgrund der Maßnahmen, die über die Haushaltsplanung hinaus durch das Konjunkturpaket II möglich geworden seien, das Gefühl von Weihnachten für dieses Jahr habe. Er merkte an, dass das erste Projekt im Planungs- und Umweltausschuss, bezogen auf die städtebauliche Gestaltung, nachgestaltet werden solle.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung der n.g. Konjunkturpaket II-Maßnahmen auf der Basis der bereits am 24.03.2009 beschlossenen Projektliste und der im Planungs- und Umweltausschuss am 15.09.2009 vorgestellten Detailplanungen einschließlich Kostenschätzungen weiter voranzutreiben

1. Städtebauliche Neugestaltung Nebenzentrum Heeren-Werve; Kreuzung Mittelstraße / Märkische Straße
2. Städtebauliche Neugestaltung Kreisverkehrsplatz Robert-Koch-Str. / Germaniastr.
3. Städtebauliche Neugestaltung Nordenmauer
4. Umgestaltung DB-Unterführung Unnaer Straße / Bahnhofstraße
5. Eichendorffschule, Sporthalle, Sanierung und Erweiterung der Nebenräume
6. Südschule, Sporthalle, Sanierung und Erweiterung der Nebenräume

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 5.

Erdfall Wasserkurl

Zu TOP 5.1.

Sachstandsbericht

Der Tagesordnungspunkt wurde an den Rat verwiesen

Zu TOP 5.2.  
044/2009

Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 350.000 Euro für Arbeiten im Rahmen einer außerordentlichen Maßnahme für ein Großschadensereignis in Wasserkurl  
hier: Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 5.3.  
093/2009

Genehmigung einer weiteren außerplanmäßigen Ausgabe für Arbeiten im Rahmen einer außerordentlichen Maßnahme für ein Großschadensereignis in Wasserkurl

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 6.  
087/2009

Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung über die Beteiligung der GSW Gemeinschaftsstadtwerke GmbH Kamen-Bönen-Bergkamen an dem Projekt "Big Eesy" zum Erwerb des Gasfernleitungsnetzes der RWE AG

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 7.  
094/2009

Feststellung Jahresabschluss 2008

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 8.  
041/2009

Betriebsergebnis 2008 der gebührenfinanzierten kommunalen Einrichtungen

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen

Zu TOP 9.  
035/2009

Jahresabschluss und Lagebericht der Stadtentwässerung Kamen für das Wirtschaftsjahr 2008

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 10.  
045/2009

Jahresabschluss der TECHNOPARK KAMEN GmbH zum 31.12.2008

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 11.  
046/2009

Jahresabschluss der Städtischen Sparkasse Kamen zum 31.12.2008

ohne Beratung und Beschlussfassung an den Rat verwiesen

Zu TOP 12.  
022/2009

Kommunaler Zuschuss zur Errichtung einer Produktionsschule in Kamen

Herr **Brüggemann** erläuterte, dass die Vorlage ihren Ursprung in einem Antrag der SPD-Fraktion im Familien- und Sozialausschuss habe. Der Ausschuss habe einstimmig den Prüfauftrag zur Errichtung einer Produktionsschule in Kamen beschlossen.

Die Beteiligung des Hauptausschusses erfolge aufgrund der Finanzierung des Projektes.

Im Prüfprozess sei auf Seiten der ARGE, als Hauptfinanzierer, nicht immer sicher gewesen, dass die Finanzierung realisiert werden könne.

Fraglich sei momentan noch die Laufzeit des zunächst für 5 Jahre geplanten Projektes, aufgrund der zeitlichen Befristung der ARGE bis zum 31.12.2010. Bezüglich einer darüber hinaus gehenden Weiterführung der Produktionsschule, zeigte sich Herr Brüggemann aber zuversichtlich.

Der von der Stadt Kamen zu leistende Gesamtzuschuss sei zwar keine geringe Summe, diese relativiere sich aber, wenn man den Zuschuss auf die einzelnen dort betreuten Jugendlichen aufspalte.

Einen Konsens aller Fraktionen in dieser Angelegenheit würde sie begrüßen, so Frau **Dyduch**.

Es müsse Ziel aller Parteien, sein Jugendarbeitslosigkeit nicht hinzunehmen. Sie betonte die Wichtigkeit, gerade Personen unter fünfundzwanzig Jahren aufzufangen, und für sie einen Weg zu finden, hin zu einem anderen Selbstwertgefühl.

Das Projekt eröffne die Chance zum Eintritt in das Berufsleben und sei insofern ein wichtiger sozialpolitischer Baustein aus Sicht der SPD-Fraktion. Frau Dyduch zeigte sich erfreut, über die schnelle Umsetzung des Prüfauftrages.

Die SPD-Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Herr **Weber** betonte ebenfalls die Brisanz des Themas Jugendarbeitslosigkeit und die Problematik der Perspektivlosigkeit von Jugendlichen.

### **Beschluss:**

Der Haupt- und Finanzausschuss befürwortet die Errichtung einer Produktionsschule durch die Werkstatt Unna und nimmt zur Kenntnis, dass ein kommunaler Beitrag zur Errichtung in Höhe von 29.000 Euro zu leisten ist. Der Familien- und Sozialausschuss ist jährlich über die Entwicklung der Produktionsschule zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 13.  
089/2009

Bürgeranregung zum Verzicht der verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage

Die vorgelegte Bürgeranregung basiere auf einem Musterantrag, der auf einer KAB Tagung erhältlich war, berichtete Herr **Hupe**. In Kamen werde mit lediglich 2 verkaufsoffenen Sonntagen bereits eine Kompromisslösung, die im Konsens mit der KIG, der Gewerkschaft und den Kirchen getroffen wurde, praktiziert. Überlegungen zu einer möglichen Verlegung eines Termins seien zurückgestellt worden. Da die herrschende Konsenssituation für positiv erachtet wird, schlägt die Verwaltung vor, die Anregung abzulehnen.

Herr **Wiedemann** stellte ebenfalls heraus, dass zwischen allen Beteiligten ein guter Kompromiss gefunden worden sei. Die Vorlage erhalte die Zustimmung der SPD-Fraktion.

Herr **Grosch** erklärte, dass er der Bürgeranregung im Grundkonsens positiv gegenüber stehe. In Hinblick auf die Ausuferungen anderer Städte zu diesem Thema, bewerte er den in Kamen getroffenen Konsens als akzeptabel. Seiner Meinung nach beeinflusse die Ausweitungen der Geschäftszeiten nicht nur das kirchliche Leben, sondern auch das gesellschaftliche Leben. Er sprach sich für keine weitere Ausweitung der Regelung aus. Er werde der Vorlage zustimmen.

Er sehe die Thematik grundsätzlich kritisch, so Herr **Kühnapfel**. Aber auch er befände den in Kamen getroffenen Kompromiss für gut, ebenso die unmittelbare Verbindung mit weiteren Veranstaltungen in Kamen. Er warf die Frage auf, ob auch die Beteiligung des Einzelhandels auf der Grünen Wiese an den verkaufsoffenen Sonntagen sein müsse. Des Weiteren beanstandete er, dass der Verkaufsoffene Sonntag in diesem Jahr am Muttertag stattgefunden habe.

Herr **Kissing** vertrat die Auffassung, dass an dem in Kamen getroffenen Konsens nicht gerüttelt werden müsste. Es gebe in Kamen auch Einzelhandel der bis 22 Uhr geöffnet habe.

### **Beschluss:**

Die Bürgeranregung zum Verzicht der verkaufsoffenen Sonn- und Feiertage wird abgelehnt.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 14.  
090/2009

Bürgeranregung Umweltschutz- und verkehrstechnische Maßnahmen für die Anlieger der Lünener Straße auf Kamener Stadtgebiet

Herr **Hupe** erklärte einleitend, dass der Punkt 3 der Bürgeranregung erst geprüft werden könne, wenn die Ansiedlung stattgefunden habe und das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen sei.

Die Verwaltung schlage vor, die Bürgeranregung an den Planungs- und Umweltausschuss weiterzuleiten.

Herr **Lipinski** äußerte seine Verwunderung, dass der Anregungssteller den Weg der Bürgeranregung gewählt habe, da es für ihn auch andere Möglichkeiten gegeben hätte.

Ansonsten werde der Vorlage der Verwaltung im Sinne der Anwohner zugestimmt.

Herr **Hasler** verwies auf die bereits stattgefundenen Diskussionen zu diesem Thema und die Notwendigkeit der Befassung mit der Verkehrssituation. Schnellschüsse würden allerdings keinen Sinn machen.

Herr **Kühnapfel** wertete die Bürgeranregung als wahlkampfaktischen Antrag. Die Beratung in dem Fachgremium halte er für vernünftig.

Dem Antragsteller sei bekannt, dass in den Punkten 3 und 4 der Bürgeranregung die Stadt Kamen nicht zuständig sei, machte Herr **Hupe** deutlich. Er warnte vor falschen Erwartungen hervorgerufen durch die Bürgeranregung.

Der Antrag gehe auf die unzumutbare Verkehrssituation ein und zeige anhand der vielen Unterschriften deutlich, wie sehr die Anwohner darunter leiden, so Herr **Grosch**. Er habe die Befürchtung, dass eine weitere Verschlechterung durch die B61 eintreten werde.

Herr **Hupe** verwies bei den Punkten 3 und 4 auf die Praxiserfahrung nach der Festsetzung des neuen Bebauungsplans. Erst dann sei auch ein überörtliches Tätigwerden denkbar. Seiner Einschätzung nach sollte die Aussicht auf Realisierung vorsichtig betrachtet werden, um keine falschen Hoffnungen zu wecken.

Frau **Dyduch** wies auf die langfristige Auseinandersetzung mit diesem Thema und die Diskussion im Straßenverkehrsausschuss hin. Auch, dass die Verkehrssituation für die Anwohner sehr belastend sei, sei bekannt. Sie habe mitgenommen, dass der Bürgermeister bereits mit der Bürgerinitiative Gespräche geführt habe und im Kontakt bleibe.

Man könne nicht nur Forderungen herausrufen, diese müssen auch ehrlich und realisierbar sein.

Herr **Kühnapfel** wies daraufhin, dass man das Thema nicht nur mit der B 61 koppeln sollte. Die Situation sei jetzt schon schlimm, und werde sich weiter durch erhöhte Verkehrsaufkommen verschlechtern.

Er stimmte überein, dass die Schwierigkeiten mit der Umsetzung bekannt seien. Die Forderung zur Verbesserung müsse immer wieder gestellt werden.

Herr **Kloß** schloss sich den Ausführungen von Herrn Kühnapfel und Herrn Grosch an.

Wenn man mündige Bürger fordere, komme es nicht darauf an, zu welchem Zeitpunkt Anträge gestellt werden.

### **Beschluss:**

Die Bürgeranregung betreffend der umweltschutz- und verkehrstechnischen Maßnahmen für die Anlieger der Lünener Straße auf Kamener Stadtgebiet wird zur weiteren Beratung und Beschlussfassung an den Planungs- und Umweltausschuss verwiesen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig angenommen

Zu TOP 15.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

#### 15.1 Mitteilungen

15.1.1 Herr **Baudrexl** thematisierte den aktuellen Stand bezogen auf das „Gewerbegebiet Gutenbergstraße“. Unter Verweis auf den Aufstellungsbeschluss sowie die beschlossene Veränderungssperre aus April 2008, berichtete er, dass die Grundlagen für den Bebauungsplan inzwischen bearbeitet seien und voraussichtlich im Dezember dieses Jahr der Aufstellungsentwurf im Planungs- und Umweltausschuss vorgelegt werden könne.

Die Veränderungssperre bedeute nicht, dass es keine Entwicklung gebe und Neuansiedlungen verhindert werden. Es gehe darum Konflikte durch Neuregelung und den Ausschluss bestimmter Nutzungsarten zu verhindern.

15.1.2 Unter Verweis auf den Antrag der CDU-Fraktion zum mobilen Bürgerbüro in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses und das von der Verwaltung favorisierte Modell, informierte Herr **Baudrexl** über den aktuellen Stand.

Nach intensiver Beschäftigung mit der Thematik und der Betrachtung von Beispielen anderer Städte, wolle die Verwaltung an ihrer Idee festhalten und diese weiter entwickeln.

Die technische Ausstattung dafür sei vom Fraunhofer-Institut, in Form eines Koffers der sämtliche benötigten Voraussetzungen, wie einen Laptop nebst Drucker, mit der Möglichkeit der Kartenzahlung und einer Internetverbindung beinhaltet, entwickelt worden. Die Investitionskosten würden ca. 7000 Euro betragen, die laufenden Kosten seien mit ca. 500 Euro relativ gering.

Es wird angestrebt, im neuen Jahr mit diesem Angebot zu starten. Der Kreis der Berechtigten sei noch näher zu definieren und werde zu Beginn beschränkt sein.

Nach einer Testphase sei zu überlegen, das Angebot gegen eine entsprechende Gebühr auch für jeden Bürger zugänglich zu machen.

Bezüglich einer neuen Dienstzeitvereinbarung für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung, die eine Ausweitung der Serviceangebote und Dienstzeiten beinhaltet, werden zur Zeit Verhandlungen mit dem Personalrat geführt, so Herr Baudrexl.

15.2 Anfragen

Anfragen wurden nicht gestellt.

gez. Hupe  
Bürgermeister

gez. Tost  
Schriftführer